

Studie: Jugendliche aus Balkanstaaten wollen mehrheitlich auswandern

Jugendforscher Hurrelmann: Pessimismus der jungen Generation
Alarmsignal für die EU

Mitteilung: Hertie School of Governance

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel am 8. Juli 2015 in den westlichen Balkan reiste, traf sie auf eine überwiegend desillusionierte junge Generation: Die 14- bis 29-Jährigen schätzen die Entwicklung der Politik in ihren Ländern überwiegend sehr skeptisch ein und halten ihre Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft für äußerst gering. Aus diesem Grund wollen viele von ihnen auswandern. In Albanien geben 67, im Kosovo 55, in Mazedonien 53 und in Bosnien-Herzegowina 49 Prozent an, ihr Land in Richtung Deutschland, Großbritannien, Schweiz oder USA verlassen zu wollen.

Dies sind Ergebnisse einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in acht südosteuropäischen Ländern, die von Klaus Hurrelmann, Professor für Bildungs- und Jugendforschung an der Hertie School of Governance in Berlin, geleitet wurde. Beteiligt waren außerdem Wissenschaftler führender Universitäten aus allen untersuchten Ländern.

Geringes Vertrauen in politische Institutionen und Unzufriedenheit mit demokratischer Praxis

„Der Pessimismus der jungen Menschen ist beunruhigend und ein Alarmsignal für die EU“, sagt Klaus Hurrelmann. „Die jungen Südosteuropäer zeigen ein erschreckend geringes politisches Interesse, und ihr Misstrauen gegenüber politischen und gesellschaftlichen Institutionen ist hoch. In der Mehrheit der Länder ist nur ein knappes Drittel der 14- bis 29-Jährigen bereit, sich in irgendeiner Form politisch zu engagieren“. Die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen halten ein Engagement mehrheitlich für nicht aussichtsreich, weil sie kein Vertrauen in das Handeln von Parteien, Parlamenten und Regierungsorganisationen haben. Stattdessen verlässt sich die Jugend auf ihr persönliches Umfeld aus Familie, Verwandten und Freunden.

Das fehlende Vertrauen in öffentliche Institutionen überträgt sich auf die Einstellung zur Demokratie. Die demokratische Praxis in ihren Ländern wird von durchschnittlich 38 Prozent der jungen Menschen als nicht zufriedenstellend eingestuft. Das Ausmaß der Unzufriedenheit ist in den EU-Mitgliedsländern Slowenien mit fast 60 Prozent sowie Bulgarien und Rumänien mit rund 45 Prozent besonders hoch. „Die EU-Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder hat ganz offenbar die Ansprüche der jungen Leute an demokratische Gepflogenhei-

ten und die Erwartungen an damit verbundene Verbesserungen gesteigert“, so Michael Weichert, der die länderübergreifende Studie für die FES koordiniert hat. „Ist das Land einmal EU-Mitglied, dann werden unmittelbare Vergleiche zu der Situation in den demokratisch etablierten mitteleuropäischen Ländern gezogen“.

Die Autoren der Studie empfehlen den Regierungen der südosteuropäischen Länder, alles dafür zu tun, dass demokratisches Denken und Handeln schon in den Schulen trainiert und praktiziert wird. Darüber hinaus müssten junge Leute an Entscheidungen auf allen politischen Ebenen beteiligt werden, um eigene Erfahrungen mit gesellschaftlicher Wirksamkeit zu machen. Solange die junge Generation nicht an die positive Entwicklung ihrer Heimatländer glaubt, werde der Wunsch nach Auswanderung weiter steigen und damit der Verlust von engagierten und qualifizierten jungen Leuten anhalten.

Zur Studie

Für die Studie wurden je 800 bis 1200 repräsentativ ausgewählte 14- bis 29-Jährige in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Slowenien befragt. In Serbien ist eine Anschlussstudie gerade angelaufen. Vorbild der Untersuchung sind die Shell-Jugendstudien, die in Deutschland alle drei Jahre publiziert und von Klaus Hurrelmann seit 2002 maßgeblich koordiniert werden.

Die Hertie School of Governance ist eine staatlich anerkannte, private Hochschule mit Sitz in Berlin. Ihr Ziel ist es, herausragend qualifizierte junge Menschen auf Führungsaufgaben im öffentlichen Bereich, in der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft vorzubereiten. Mit interdisziplinärer Forschung will die Hertie School zudem die Diskussion über moderne Staatlichkeit voranbringen und den Austausch zwischen den Sektoren anregen. Die Hochschule wurde Ende 2003 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gegründet und wird seither maßgeblich von ihr getragen.

↓ https://www.hertie-school.org/fileadmin/images/Downloads/pressmaterial/20150708_Lost_in_Democratic_Transition_Zusammenfassung_Jugendstudie_Suedosteuropa.pdf

*PM v. 8.7.2015
Regine Kreitz Pressestelle
Hertie School of Governance
Quelle: idw-online.de
geringf. ver.: Redaktion Auswege*